

C002: Gegen die Gier der Konzerne – Umsatzrenditen von 20 Prozent in der Ernährungswirtschaft sind unverschämt

Laufende Nummer: 062

Antragsteller_in:	NGG
Status:	angenommen als Material zu Antrag C001
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Gegen die Gier der Konzerne – Umsatzrenditen von 20 Prozent in der Ernährungswirtschaft sind unverschämt

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Der DGB spricht sich gegen Renditemaximierung bei Lebensmitteln auf Kosten der Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft und der Verbraucherinnen und Verbraucher aus.

In den vergangenen Monaten verkündeten die Konzerne Unilever, Coca-Cola, Nestlé und ihr Joint Venture Froneri, ihre Umsatzrendite steigern zu wollen.

Der Unilever-Konzern z.B. gab nach Abwehr eines Übernahmeversuchs durch US-Rivalen Kraft Heinz ein Spar- und Umbauprogramm bekannt und verspricht seinen Aktionären damit eine Steigerung der Rendite von 16,4 auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Teile des Umbauprogramms umfassen die Verschmelzung der Geschäftsbereiche Lebensmittel und Erfrischungen.

Die Kurzfristökonomie beeinflusst maßgeblich den strategischen Kurs dieser Konzerne. Sie haben in erster Linie ihre Aktionäre, potenzielle Investoren und Analysten im Blick. Der Renditemaximierung wird oberste Priorität eingeräumt.

Diese Handlungslogik geht dabei oftmals zu Lasten der Beschäftigten und der Investitionsbereitschaft. Arbeitsplatzverlust, Qualität der Arbeitsbedingungen sowie notwendige Investitionen sind dabei bestenfalls ein untergeordneter Teil strategischer Überlegungen. Shareholder-Value-Interessen zu bedienen, steht dem öffentlich propagierten Streben der Unternehmen, nachhaltig zu wirtschaften, entgegen.

Erstes Ziel muss es sein, Menschen mit guten und sicheren Lebensmitteln zu versorgen, die Umwelt zu schonen, die Belange der Beschäftigten entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu berücksichtigen sowie gute und sichere Arbeitsplätze in Deutschland und Europa zu erhalten.

Gegenüber der Öffentlichkeit wird betont, dass die Unternehmen nachhaltig handeln würden. Das ist angesichts der Renditeziele nicht glaubwürdig.

Dazu müssen sich die Unternehmen der Lebensmittelindustrie verpflichten, in Ihren Satzungen, Gesellschaftsverträgen usw. festzulegen, dass die Renditesteigerung nicht das erste Ziel des Unternehmens ist, sondern die Produktion von nachhaltig hergestellten Lebensmitteln, und dass die Interessen der Stakeholder (Eigentümer, Arbeitnehmer, Verbraucher, Staat) gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Zudem muss der Kauf und Verkauf von Unternehmensanteilen – zumindest in der EU – stärker besteuert werden. Unternehmerisches, nachhaltiges Handeln muss gefördert werden, nicht der Handel mit Unternehmensteilen.